

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 16.10.2007

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:05 Uhr

Anwesenheit: siehe Anlage 1

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Verwaltung beantragte, den Tagesordnungspunkt 6.1 „Bericht über den Stand des PPP-Projektes in der Stadt Halle (Saale)“ auf die reguläre Sitzung des Ausschusses im November 2007 zu verschieben, da der zuständige Berichterstatter krankheitsbedingt ausfällt.

Herr Dr. Meerheim beantragte, den Tagesordnungspunkt 5.9 „Konzept zum Abbau des Altdefizits“ auf die Sitzung des Ausschusses im November 2007 zu verschieben, da wichtige, notwendige Unterlagen (Gutachten einer Plausibilitätsprüfung der HWG) noch nicht dem Ausschuss vorliegen.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligten sich Herr Bönisch, Herr Wolter und Herr Dr. Pohlack.

Abstimmungsergebnis zum Vertagen der Tagesordnungspunkte 5.9 und 6.1

Ja-Stimmen 11
Nein-Stimmen 0
Enthaltungen 0
einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung:

Ja-Stimmen 11
Nein-Stimmen 0
Enthaltungen 0
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende geänderte Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzungen am 18.07.2007 sowie 11.09.2007
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Vorlagen
 - 5.1. Feststellung Jahresabschluss 2006 der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH
Vorlage: IV/2007/06680
 - 5.2. Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Halle (Saale) (Straßenreinigungssatzung) vom 21.11.2007
Vorlage: IV/2007/06650
 - 5.3. Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Halle (Saale) (Straßenreinigungsgebührensatzung) vom 21.11.2007
Vorlage: IV/2007/06649
 - 5.4. Eröffnungsbilanz 2006 Eigenbetrieb Kindertagesstätten
Vorlage: IV/2007/06685
 - 5.5. Schnittstellenprojekt Bahnhof Nietleben
Vorlage: IV/2007/06738
 - 5.6. Finanzielle Mittel der HAVAG für das Jahr 2008 und Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes gemäß § 8 ÖPNV-Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt
Vorlage: IV/2007/06730
 - 5.7. Anträge auf Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2007
Vorlage: IV/2007/06750
 - 5.8. Antrag auf Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für das Haushaltsjahr 2007 im Verwaltungshaushalt für die VVV
Vorlage: IV/2007/06751
6. Berichte
 - 6.1. Bericht über den Haushaltsvollzug
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten

- 7.1. Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - Einführung von freier Software als haushaltskonsolidierender Beitrag
Vorlage: IV/2007/06363
8. Anfragen von Stadträten
9. Beantwortung von Anfragen
10. Anregungen
11. Mitteilungen

zu 3 Genehmigung der Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzungen am 18.07.2007 sowie 11.09.2007

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 11
Nein-Stimmen 0
Enthaltungen 0
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzungen am 18.07.2007 sowie am 11.09.2007 werden genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften fasste in der Sitzung am 11.09.2007 folgende abschließenden Beschlüsse:

- zu 3.2 Verkauf eines Grundstücks im Rahmen der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme 'Heide-Süd' zur Erreichung der Entwicklungsziele und zur Sicherstellung der Ansiedlung des Fraunhofer Center for Silicon Photovoltaics CSP im Rahmen eines Tauschvertrages
Vorlage: IV/2007/06677

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt den Verkauf des Grundstücks an das Land Sachsen-Anhalt zu den in der Beschlussvorlage aufgeführten Bedingungen.

- zu 3.3 Verkauf von kommunalen Grundstücken
Rannische Straße 07- 09
Gemarkung Halle, Flur 58, Flurstücke 38, 40, 42
Vorlage: IV/2007/06679

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt den Verkauf der Grundstücke an Herrn Karl Elmer, Dr.-Rau-Allee 79 in 48231 Warendorf zu den in der Beschlussvorlage aufgeführten Bedingungen.

zu 5 Vorlagen

zu 5.1 Feststellung Jahresabschluss 2006 der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH - Vorlage: IV/2007/06680

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter und Herr Dr. Meier vom MDV.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 8
Nein-Stimmen 0
Enthaltungen 3
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH vom 13.06.2007 zu folgendem Beschluss:

1. Der vom Geschäftsführer der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2006 wird in der von der KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG geprüften und am 30.04.2007 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.
Das Jahresergebnis beträgt 0,00 €.
Die Bilanzsumme beträgt 2.169.860,29 €.
2. Der Geschäftsführung der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH wird für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung erteilt.
3. Die Mitglieder des Aufsichtsrates der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH werden für das Geschäftsjahr 2006 entlastet.

**zu 5.2 Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Halle (Saale) (Straßenreinigungssatzung) vom 21.11.2007
Vorlage: IV/2007/06650**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Frau Weiß, Frau Wolff und Herr Braunisch.

Im Falle der Peißnitz wurden Fragen zu der jahreszeitlichen Differenzierung der Reinigungsleistungen gestellt. Herr Braunisch erläuterte, dass bei großer Verschmutzung

auch diese Bereiche öfter als in der Satzung angegeben gereinigt werden wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 11
Nein-Stimmen 0
Enthaltungen 0
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1.
Der Stadtrat beschließt die Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Halle (Saale) (Straßenreinigungssatzung) vom 21.11.2007.
2.
Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung ortsüblich bekannt zu geben.

Finanzielle Auswirkung:

Senkung des Zuschussbedarfes durch Minderausgaben in Höhe von 47.000,00 Euro.
Haushaltsstelle: VerwHH : 1.6750.570500

zu 5.3 **Satzung über die Straßenreinigungsgebührensatzung in der Stadt Halle (Saale) (Straßenreinigungsgebührensatzung) vom 21.11.2007
Vorlage: IV/2007/06649**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Frau Weiß, Frau Wolff und Herr Braunisch.

Bezüglich des Stellenmehrbedarfes teilte Herr Braunisch mit, dass mit dem zusätzlichen Personal die Pflichten der Anwohner aus der Straßenreinigungssatzung wirksamer kontrolliert werden können. Weiterhin erläuterte Herr Braunisch, dass die Gebührenschuldner keinen Einfluss auf die Kalkulation der Gebühren haben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 10
Nein-Stimmen 0
Enthaltungen 1
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Stadtrat beschließt die Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Halle (Saale) (Straßenreinigungsgebührensatzung) vom 21.11.2007.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung ortsüblich bekannt zu geben.

zu 5.4 Eröffnungsbilanz 2006 Eigenbetrieb Kindertagesstätten **Vorlage: IV/2007/06685**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Kreisel, Frau Wolff und Herr Dr. Meerheim.

Herr Kreisel erläuterte, dass auch zweckgebundene Spenden an eine bestimmte Kindertageseinrichtung gemäß den Bilanzierungsvorschriften in die Bilanz des Eigenbetriebes aufzunehmen sind. Ebenso geleistete, aber noch nicht vergütete Überstunden und Urlaubstage aus dem Vorjahr.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 11
Nein-Stimmen 0
Enthaltungen 0
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat stimmt der Eröffnungsbilanz 2006 für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten in vorliegender Fassung zu.

zu 5.5 Schnittstellenprojekt Bahnhof Nietleben **Vorlage: IV/2007/06738**

Die Verwaltung verteilte zu diesem Tagesordnungspunkt eine neue Fassung der ersten drei Seiten der Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 8
Nein-Stimmen 3
Enthaltungen 0
mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften stimmt der Mittelfreigabe für o. g. Projekt für das Haushaltsjahr 2007 in Höhe von 92.324,98 € zu.
2. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften stimmt der Änderung des Haushalts für die Jahre 2008f entsprechend den unten und in der Begründung benannten Zahlen zu.

Finanzielle Auswirkungen:

| | Gesamtkosten | Zuwendungs- fähige Kosten | Förderhöhe Land | Eigenanteil = REG.- Mittel |
|---|---------------------|------------------------------|---------------------|----------------------------------|
| 2007 : Grunderwerb, Planungsphasen I bis II | 92.324,98 € | 76.500,00 € | 68.850,00 € | 23.474,98 € |
| 2008 : Planungsphasen III bis IX, Abriss EG ¹ , 1. BA: Vorplatz | 310.336,71 € | 338.263,15 € | 287.064,68 € | 258.358,21 € |
| 2009 : 2. BA: Busverknüpfung, Zufahrt, B+R, P+R | 378.562,50 € | 378.562,50 € | 378.562,50 € | 340.706,25 € |
| Summe gesamt | 809.150,63 € | 742.127,18 € | 667.914,46 € | 141.236,17 € |

**zu 5.6 Finanzielle Mittel der HAVAG für das Jahr 2008 und Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes gemäß § 8 ÖPNV-Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt
Vorlage: IV/2007/06730**

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 10
Nein-Stimmen 0
Enthaltungen 1
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat bestätigt die Vorschläge der Verwendung zur Finanzierung der HAVAG und zur Verwendung der Regionalisierungsmittel.

zu 5.7 Anträge auf Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2007 - Vorlage: IV/2007/06750

Herr Misch beantragte, dass der Beschlussvorschlag zu Nr. 1 (Zuschuss an die Zoo GmbH) vertagt werden solle, da in der Vorlage die Aussagen über den Schuldendienst und die teilweise Umwandlung in eine gGmbH nicht ausreichend sind.

Dieser Auffassung schloss sich der Ausschuss mit Mehrheit an.

Abstimmungsergebnis zum Vertagen des Beschlusspunktes Nr. 1 (Zuschuss an die Zoo GmbH):

Ja-Stimmen 11
Nein-Stimmen 0
Enthaltungen 0
einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis zu den Beschlusspunkten 2 bis 4 der Vorlage:

Ja-Stimmen 11

Nein-Stimmen 0
Enthaltungen 0
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt:

2. die überplanmäßige Ausgabe für den Rettungsdienst in Höhe von 290.000 € in der Haushaltsstelle 1.1600.529000 (Wartung Hardware) sowie in Höhe von 250.000 € in der Haushaltsstelle 1.1600.678000 (Erstattungen an übrige Bereiche).
Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen im Bereich Rettungsdienst und Krankentransport in Höhe von 540.000 € in der Haushaltsstelle 1.1600.115000 (Entgelte für Leistungen).
3. die außerplanmäßige Ausgabe für das Investitionsvorhaben „Sicherung und Sanierung des Gutjahrbrunnen in Halle (Saale)“ in Höhe von 406.000 € in der Haushaltsstelle 2.3660.985000-006 (Investitionszuschuss an kommun. öffentl.-wirtschaftl. Unternehmen).
Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben in Höhe von 406.000 € in der Haushaltsstelle 2.3660.942000-006 (Umbau und Verbesserung).
4. die überplanmäßige Ausgabe für das Vorhaben „Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, Jahresansätze“ in Höhe von 368.100 € in der Haushaltsstelle 2.7920.985000-002 (Investitionszuschuss an komm. öffentlich-wirtschaftliche Unternehmen).
Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen aus dem Gesetz „Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs – ÖPNVG“ in Höhe von 368.100 € in der Haushaltsstelle 2.7920.361000-002 (Zuweisungen vom Land).

zu 5.8 Antrag auf Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für das Haushaltsjahr 2007 im Verwaltungshaushalt für die VVV Vorlage: IV/2007/06751

Herr Bönisch bat darum, das besagte Urteil den Mitgliedern des Ausschusses zur Kenntnis zu geben. Herr Geier sagte dies zu.



29.10.2007_16-15-4
0.pdf

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 10
Nein-Stimmen 0
Enthaltungen 1
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beschließt:

die außerplanmäßige Ausgabe an die VVV zur Finanzierung der HAVAG in Höhe von 5,66 Mio. Euro in der Haushaltsstelle 1.8310.715000 (verdeckte Einlage an Holding).
Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen in der Haushaltsstelle 1.8300.220000 (Konzessionsabgaben) in Höhe von 5,66 Mio. Euro.

Finanzielle Auswirkung:

| | | |
|---------------------------|-------------------------|----------------|
| Haushaltsstelle: VerwHH : | außerplanmäßige Ausgabe | |
| | 1.8310.715000 | 5.660.000 Euro |
| | Deckung: Mehreinnahme | |
| | 1.8300.220000 | 5.660.000 Euro |

**zu 5.9 Konzept zum Abbau des Altdefizits
Vorlage: IV/2007/06756**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nicht behandelt. Vertagt auf die Novembersitzung des Ausschusses.

zu 6 Berichte

zu 6.1 Bericht über den Stand des PPP-Projektes in der Stadt Halle (Saale)

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nicht behandelt. Vertagt auf die Novembersitzung des Ausschusses.

zu 6.2 Bericht über den Haushaltsvollzug

Die Verwaltung verteilte zu diesem Tagesordnungspunkt eine Tischvorlage („Quartalsmäßige Analyse zum Erfüllungsstand 30.09.2007“ vom 15.10.2007).

Der Ausschuss vereinbarte, dass diese Vorlage zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses am 23.10.2007 beraten werden soll.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 7.1 Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - Einführung von freier Software als haushaltskonsolidierender Beitrag
Vorlage: IV/2007/06363**

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff und Herr Strohmeyer.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 0
Nein-Stimmen 9
Enthaltungen 2
einstimmig abgelehnt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, OpenOffice.org - als Äquivalent zu Microsoft Office – einzuführen.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Einsatz weiterer freier Software zu prüfen, mit dem Ziel, Kosten für Anschaffung und Lizenzen zu senken.

zu 8 Anfragen von Stadträten

ZGM:

Frau Weiß fragte nach einer Beantwortung auf ein Schreiben des Landesverwaltungsamtes in Sachen Wirtschaftsplan ZGM. Herr Geier teilte mit, dass zurzeit die Fragen, die in diesem Schreiben gestellt wurden, gelöst werden. Eine Kopie der Antwort an das Landesverwaltungsamt gehe den Ausschussmitgliedern zu.

Internationale Bauausstellung (IBA):

Frau Weiß bat die Verwaltung um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wann hat sich die Stadt mit welchen Projekten um die IBA beworben?
- Wer hat Herrn Dr. Bussmann in Sachen beauftragt, aus welchen Haushaltstiteln wird er vergütet?
- Ist sichergestellt, dass Herr Dr. Bussmann keine rechtsverbindlichen Erklärungen abgeben kann, die der Stadt zum Nachteil gereichen?
- Welche Kosten kommen auf die Stadt in Sachen IBA zu?

Herr Dr. Pohlack sicherte eine schriftliche Antwort zu.

Vorlage im Jugendhilfeausschuss:

Frau Wolff fragte nach einer Vorlage im Jugendhilfeausschuss, die finanzielle Auswirkungen hat.

Herr Dr. Marquardt teilte mit, dass diese Vorlage auch im Finanzausschuss vorgestellt wird.

Gebühren Wochenmärkte:

Herr Dr. Fuchs fragte aufgrund eines Gebührenbescheides nach den Steigerungen der Gebühren für Standplätze auf den Wochenmärkten. Die Verwaltung sicherte eine Antwort zu.

Empfehlungen des Planungsausschusses

Herr Dr. Eigenfeld fragte nach, ob eine Empfehlung des Planungsausschusses schon den Finanzausschuss erreicht hat. Herr Dr. Meerheim teilte mit, dass wohl in einer der nächsten Sitzungen des Finanzausschusses diese Vorlage auf der Tagesordnung steht.

Kosten der Veranstaltung „Laut gegen Rechts“

Herr Bönisch fragte nach den Kosten der Veranstaltung „Laut gegen Rechts“. Die Verwaltung sicherte eine Antwort zu.

Stadtmarketinggesellschaft

Herr Wolter fragte nach dem weiteren Vorgehen in Bezug auf die Geschäftsführerstelle der SMG. Auch zur generellen Zukunft der SMG bat er um Informationen. Insbesondere bat er um eine Information, wer den Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem ehemaligen Geschäftsführer der SMG geschlossen hat.

Werbung am Roten Turm während der Sanierungsmaßnahmen

Herr Dr. Meerheim bat um Informationen über den Stand der Werbung am Roten Turm.

Die Verwaltung teilte mit, dass hierzu eine neue Vorlage dem Kulturausschuss vorgestellt wird.

zu 9 Beantwortung von Anfragen

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nicht behandelt.

zu 10 Anregungen

Frau Wolff bat darum, dass zur nächsten Beratung über den Peißnitzexpress im Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung ein Vertreter der HAVAG eingeladen wird.

zu 11 Mitteilungen

Herr Geier stellte den Terminplan für die Beratungen des Finanzausschusses zum Haushaltsplan 2008 vor:

23.10.2007: Übergreifende Themen: HHKO, Personalkosten, ZGM; Haushalt der GB OB und GB I.

30.10.2007: Haushalte der GB II, III, IV und V

06.11.2007: Abschlussberatung.

Weiterhin stellte Herr Geier dar, dass sich die Haushaltsplanberatungen zum Plan 2008 an dem Eckwertebeschluss zum HH 2008 orientierten sollten. Hierzu wurde ein Formblatt vorgestellt, in dem alle relevanten Informationen zum HH 2008 enthalten sind.

An den Beratungen zum Haushalt 2008 sollten neben den Beigeordneten nur die Controller der Geschäftsbereiche teilnehmen. Konkrete Fragen können an die Fachbereichsleiter weitergeleitet werden und in der Abschlussberatung mündlich bzw. schriftlich beantwortet werden.

Die Mitglieder des Finanzausschusses erhoben keine Einwände gegen dieses neue Verfahren, baten aber darum, dass in den Übersichtslisten die jeweiligen Unterabschnitte vermerkt werden. Die Verwaltung sicherte dies zu.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender
des Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter
Zentraler Service

Rainer von Nievenheim
Protokollant